

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Leitlinien einer sinnvollen Examensvorbereitung	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Literaturverzeichnis	XXXI
§ 1 Wertungsstufen der Straftat – Handlung – Fahrlässigkeitsdelikt	1
Einführungsfall – Fliegen-Fall	1
A. Wertungsstufen der Straftat – Handlungslehren	2
I. Wertungsstufen und Aufbau der Straftat	2
1. Der Tatbestand – die Tatbestandsmäßigkeit	2
2. Die Rechtswidrigkeit	3
3. Die Schuld	4
4. Objektive Bedingungen der Strafbarkeit und Strafausschließungsgründe	5
5. Straftatvoraussetzungen und Verfahrensvoraussetzungen	6
II. Strafrechtliche Handlungslehren	7
1. Die Handlung als Mindestanforderung an strafrechtlich relevantes Verhalten: Beherrschbarkeit des Verhaltens	7
2. Konkretisierung: Verhalten ohne Handlungsqualität	8
3. Unbedachte, halbautomatische und impulsive Verhaltensweisen	9
4. Andere Handlungsbegriffe und ihr Hintergrund	9
B. Das Fahrlässigkeitsdelikt	10
I. Allgemeines	10
1. Das Wesen des Fahrlässigkeitsdelikts	10
2. Formen der Fahrlässigkeitsdelikte	10
3. Zur gesetzlichen Behandlung fahrlässigen Verhaltens (einschließlich Formen und gesetzlichen Typen der Fahrlässigkeit)	10
II. Zum Begriff und zur Funktion der Fahrlässigkeit	11
1. Fahrlässigkeit als Sorgfaltswidrigkeit	11
2. Inhalt der Sorgfalt	12
3. Inhalt der Sorgfaltswidrigkeit (Sorgfaltspflichtverletzung) – Sorgfaltswidriges Verhalten	13
4. Zum (scheinbaren) Unterlassungsmoment der Fahrlässigkeitsdelikte	13
5. Fahrlässigkeit als Grund der Zurechnung	14
III. Wertungsstufen des Fahrlässigkeitsdelikts und systematische Stellung der Fahrlässigkeit	14
1. Geltung der allgemeinen Wertungsstufen	14
2. Zur systematischen Stellung der Fahrlässigkeit	14

XIII

3. Neuere Auffassungen der Literatur zum Inhalt und zur systematischen Stellung der Fahrlässigkeit (Sorgfaltswidrigkeit)	16
IV. Grundsätzliche Voraussetzungen und Aufbau des Fahrlässigkeitsdelikts	16
1. Der Tatbestand	17
2. Die Rechtswidrigkeit	21
3. Die Schuld	22
4. Objektive Bedingungen der Strafbarkeit	23
5. Verfahrensvoraussetzungen	24
C. Anwendung des Basiswissens und Vertiefung	24
I. Lösung des Einführungsfalles – Fliegen-Fall	24
II. Vertiefung anhand weiterer Fälle	28
 § 2 Kausalität, tatbestandsmäßiges Verhalten und objektive Zurechnung des Erfolgs	 33
Einführungsfälle	33
 A. Basiswissen zur Kausalität und objektiven Zurechnung	 34
I. In welchen Tatbeständen spielt das Problem eine Rolle und warum?	34
1. Problematik der Erfolgsdelikte	34
2. Hintergrund des Erfordernisses	34
II. Welcher Zusammenhang ist erforderlich?	34
1. Naturalistischer Verursachungszusammenhang?	34
2. Rechtlicher Zusammenhang	35
III. Hauptansätze zur rechtlichen Lösung des Problems	35
1. Die Äquivalenztheorie	35
2. Die Adäquanztheorie und die Relevanztheorie	37
3. Die Lehre von der objektiven Zurechnung des Erfolgs	39
 B. Die (sog.) Kausalität: Das Verhalten als Bedingung für den Erfolgseintritt	 43
I. Allgemeines zu dieser Prüfungsebene	43
1. Bedingungscharakter des Verhaltens als Mindestvoraussetzung der Zurechnung	43
2. Methoden zur Ermittlung der Qualität als Bedingung	43
3. Der normative Hintergrund der Prüfung	44
4. Erledigung früherer Streitfragen und Einschränkungsversuche .	44
II. Kausalitätsfragen bei hypothetischen Ersatzursachen und Doppelkausalität (bzw. alternativer Kausalität)	45
1. Conditio-Formel, gesetzmäßige Bedingung und Zurechnung bei hypothetischen Ersatzursachen	45
2. Conditio-Formel, gesetzmäßige Bedingung und Zurechnung bei Doppelkausalität	48
III. Die richtige Formel zur Ermittlung der Kausalität	51
1. Conditio-Formel und Lehre von der gesetzmäßigen Bedingung .	51
2. Rechtspraktische Vorteile der Conditio-Formel – Ratschläge . .	51

3. Feststellung von Kausalität bei (noch) nicht formulierbaren Gesetzmäßigkeiten?	52
C. Die Schaffung einer rechtlich missbilligten Gefahr	56
I. Allgemeines – Drei maßgebliche Grundkonstellationen	56
II. Schaffung missbilligter Gefahren bei Erfolgen, die allein durch Naturkausalität vermittelt sind	58
1. Keine missbilligte Risikoschaffung bei risikoreduzierenden, aber gleichwohl kausalen Verhaltensweisen	58
2. Aspekte für die Bestimmung missbilligter Risikoschaffungen	59
3. Konkretisierung durch auf Risikoreduzierung ziellende Normen	60
4. Orientierungshilfen zur Fallbeurteilung bei Fehlen vorstrafrechtlicher Normen	61
5. Risikoreduzierung und Risikoersetzung	64
III. Missbillige Gefahrschaffung über vermittelndes Opferverhalten	66
1. Grundsätzliches – Die maßgebenden Prinzipien	66
2. Verdeutlichung an einem Leitfall aus der Rechtsprechung des BGH	67
3. Maßstab der Eigenverantwortlichkeit des handelnden Opfers	68
4. Die Selbstgefährdungsfälle – Selbstgefährdung und einverständliche Fremdgefährdung	71
5. Zur Freiwilligkeit der Selbstgefährdung – zugleich zu den »Rettungsfällen«	78
IV. Missbillige Risikoschaffungen bei Erfolgseintritten über vermittelndes Drittverhalten	82
1. Fallkonstellationen	82
2. Lösungsversuche und Lösungsprinzipien	83
3. Präzisierung der Eigenverantwortlichkeit	86
4. Einschränkende Prinzipien: Haftung trotz Eigenverantwortlichkeit des Dritten	87
5. Anwendung – Vertiefende Exemplifizierung	89
D. Der Erfolg als Realisierung der missbilligten Risikoschaffung	95
I. Grundsätzliches	96
1. Hintergrund und Inhalt des Erfordernisses	96
2. Schulbeispiel	96
3. Fallgruppen	97
II. Realisierung allgemeiner Lebensrisiken bzw. tolerierter Begleitrisiken – Verläufe außerhalb des Schutzzwecks	98
1. Realisierung allgemeiner Lebensrisiken	98
2. Realisierung nicht missbilligter Begleitrisiken – Verläufe außerhalb des Schutzbereichs der verletzten Sorgfaltsnorm	100
3. Zurechnung der Folgen ärztlicher Behandlungsfehler zum Erstverletzten?	103
III. Realisierung des missbilligten Risikos und rechtmäßiges Alternativverhalten	107
1. Nichtzurechnung der Folgen, die auch bei rechtmäßigem Alternativverhalten eingetreten wären	108

2. Zurechnung der Folgen bei Zweifel über die Vermeidbarkeit durch rechtmäßiges Alternativverhalten?	109
IV. Abschließender Fall zu mehreren Problemkreisen: Gremienentscheidungen	114
E. Vertiefung an einem Examensfall	121
§ 3 Subjektive Tatseite, subjektiver Tatbestand – insbesondere Vorsatz und Irrtum	123
A. Basiswissen zur subjektiven Tatseite, zum Vorsatz und zum Irrtum	123
Einführungsfall – Thomas-Fall	123
I. Allgemeines zur subjektiven Tatseite und zum subjektiven Tatbestand	124
1. Begriff, funktionale Bedeutung und systematische Einordnung	124
2. Formen der (zurechnungsbegründenden) subjektiven Tatseite	125
3. Wichtige Regelungen des geltenden Rechts zur subjektiven Tatseite	125
4. Zur systematischen Einordnung: subjektive Tatseite und subjektiver Tatbestand	126
II. Wesen des Vorsatzes und Grund der hervorgehobenen Vorsatzbestrafung	129
1. Begriff des Vorsatzes – Begriffselemente	129
2. Hintergrund der Vorsatzanforderungen und Grund der hervorgehobenen Bestrafung vorsätzlichen Handelns	130
3. Konsequenzen für den Zeitpunkt des Vorsatzerfordernisses	132
III. Das Wissenselement – Irrtumsfragen	133
1. Gegenstand des Wissens	133
2. Inhalt des Wissens: Was muss der Täter erfasst haben?	136
3. Sicherheitsgrad und Bewusstseinsform des Wissens	140
4. Wissenselement und Irrtumslehre	141
IV. Erscheinungsformen (Gestalten) des Vorsatzes	143
1. Dolus directus 1. Grades oder Absicht	143
2. Dolus directus 2. Grades (sicheres Wissen)	145
3. Dolus eventualis (Eventualvorsatz, bedingter Vorsatz)	146
V. Lösung des Einführungsfalles	149
B. Vertiefung der Probleme der subjektiven Tatseite an Fällen	153
I. Zum dolus eventualis	153
1. Die Theorien zum dolus eventualis	155
2. Zur tatsächlichen Feststellung des dolus eventualis	160
3. Weitere Fälle zur Verdeutlichung der (doppelten) Problematik	162
II. Weitere Problemfelder im Vorsatzbereich	165
1. Vorsatzgegenstand, Inhalt und Intensität des Vorsatzes	165
2. Vorsatz und Irrtum bei normativen Tatbestandsmerkmalen – Subsumtionsirrtum, Wahndelikt und untauglicher Versuch	173
III. Vorsatz und Kongruenz: error in persona, aberratio ictus und Abweichung des tatsächlichen vom vorgestellten Kausalverlauf ...	184

1. Wesen und Abgrenzung von error in persona und aberratio ictus	184
2. Aberratio ictus, Abweichung des tatsächlichen vom vorgestellten Kausalverlauf	192
IV. Spezielle Vorsatzkonstellationen	203
1. Dolus-generalis-Fälle	203
2. Der sog. dolus alternativus	209
C. Vertiefung an einem Examensfall	213
§ 4 Die Rechtswidrigkeit – Rechtfertigungsgründe	215
Einführungsfall – Erschwerete Blutprobe	215
A. Allgemeine und gemeinsame Fragen dieser Deliktsstufe	216
I. Notwendigkeit und Funktion der Rechtswidrigkeitsstufe	216
1. Allgemeine Funktion: Die Frage nach Rechtfertigungsgründen ..	216
2. Ausnahmsweise: Positive Überlegungen zur Rechtswidrigkeit ..	218
II. Systematische Bedeutung der Rechtswidrigkeitsprüfung	219
III. Relevanzen der Rechtswidrigkeitsfrage	220
IV. Struktur der Rechtfertigungsgründe	221
1. Die objektive Seite	221
2. Subjektive Anforderungen?	224
V. Mehrere in Betracht kommende Rechtfertigungsgründe – »Konkurrenz von Rechtfertigungsgründen«	225
VI. Lösung des Einführungsfalles	227
B. Der rechtfertigende Notstand	235
I. Allgemeines – Die verschiedenen Notstandskonstellationen	235
1. Die gesetzliche Regelung des Notstands und ihre Entwicklung ..	235
2. Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Notstandsregelungen ..	236
II. Der allgemeine rechtfertigende Notstand des § 34	237
1. Die Notstandslage	237
2. Die Notstandshandlung	240
3. Subjektive Anforderungen an den im Notstand Handelnden ..	248
4. Notstandshilfe	249
III. Die zivilrechtlichen Notstandsregelungen und ihre Bedeutung für § 34	250
1. Der Defensivnotstand (§ 228 BGB)	250
2. Der Aggressivnotstand (§ 904 BGB)	251
IV. Fälle zur Vertiefung	253
C. Die Notwehr	267
I. Allgemeines	267
II. Voraussetzungen der Notwehr	269
1. Die Notwehrlage: Gegenwärtiger rechtswidriger Angriff	269
2. Anforderungen an die Notwehrhandlung	275
3. Grundprobleme des Schusswaffeneinsatzes	283
III. Vertiefung: Probleme des Angriffs	286
1. Angriff durch Unterlassen	286

2. Der demnächst stattfindende Angriff	289
3. Scheinangriffe – Sicht ex ante oder ex post?	293
4. Fälle zur Wiederholung und Übergang zu den Notwehrschränken	295
IV. Die sog. sozialethischen Schranken des Notwehrrechts	300
1. Allgemeines: Hintergrund – Art der Schranken – Überblick	300
2. Die einzelnen Fallgruppen	302
V. Ausübung des Notwehrrechts durch Amtsträger	320
1. Das Notwehrrecht – ein Recht, das auch Amtsträgern zusteht?	320
2. Grenzen des von Amtsträgern ausgeübten Notwehrrechts	322
D. Die Einwilligung	324
I. Einwilligung und tatbestandsausschließendes Einverständnis	324
II. Die Voraussetzungen einer wirksamen Einwilligung	327
1. Voraussetzungen in Bezug auf das von der Handlung betroffene Rechtsgut	327
2. Voraussetzungen in Bezug auf den Einwilligenden	329
3. Weitere Voraussetzungen der rechtfertigenden Einwilligung	336
4. Grenzen der rechtfertigenden Kraft der Einwilligung	338
III. Die mutmaßliche und die hypothetische Einwilligung	342
1. Rechtfertigung durch eine mutmaßliche Einwilligung	343
2. Der mutmaßliche Wille	345
3. Die sog. hypothetische Einwilligung	347
IV. Wiederholung und Vertiefung anhand von Fällen	351
§ 5 Die Schuld: Voraussetzungen und Ausschluss der Schuld – Entschuldigung	365
A. Grundlagen der Schuldlehre	365
I. Wesen des Straftatelements »Schuld«: Vorwerfbarkeit der Tat	365
1. Vom psychologischen zum normativen Schuld begriff	365
2. Zur Begründung und Präzisierung des normativen Schuld begriffs	366
II. Inhalt und Grundlage des Schuldvorwurfs	367
1. Der Inhalt des Vorwurfs	367
2. Schuldvorwurf, Indeterminismus und Determinismus	367
III. Prüfung und Feststellung der Schuld	368
1. Feststellung der Fähigkeit zum richtigen Handeln im Einzelfall?	368
2. Das gesetzliche Konzept	368
3. Maßgebliche und irrelevante Arten von Schuld	369
B. Die Schuldfähigkeit	370
I. Begriff und gesetzliche Regelung der Schuldfähigkeit	370
1. Begriff und Voraussetzungen	370
2. Die gesetzliche Regelung der Schuldfähigkeit	370
II. Feststellung der fehlenden Schuldfähigkeit nach § 20	371
1. Die sog. biologisch-psychologische Methode	371
2. Konsequenzen der biologisch-psychologischen Methode	375
III. Möglichkeiten der Bestrafung trotz fehlender Schuldfähigkeit	376

1. Dauernd fehlende Schuldfähigkeit	376
2. Temporäre, selbst herbeigeführte Schuldunfähigkeit: <i>actio libera in causa</i>	376
IV. Konstruktion und Dogmatik der <i>actio libera in causa</i> (alic)	378
Fall 1 – Trunkenheitsfahrt mit tödlichen Folgen	378
V. Ergänzende Hinweise	383
1. Zusammenfassung zum Anwendungsbereich der alic	383
2. Versuchsstrafbarkeit in Fällen der alic	384
3. Alic und § 323a: Worin liegt deren Unterschied?	384
4. Alic und Abweichung im Kausalverlauf	385
C. Das sog. Unrechtsbewusstsein – Verbotsirrtum und Irrtum über Rechtfertigungsgründe	385
I. Allgemeines, insbesondere die Fälle des Verbotsirrtums	385
1. Begriffliches: Unrechtsbewusstsein und Verbotsirrtum	385
2. Auffassungen zur Erforderlichkeit des Unrechtsbewusstseins und zur Relevanz des Verbotsirrtums – Das heutige Gesetz	386
3. Fallbehandlung bei einem Verbotsirrtum	387
4. Gegenstand und Erscheinungsformen des Unrechtsbewusstseins	389
5. Zur Vermeidbarkeit des Verbotsirrtums insbesondere	393
II. Der Irrtum über die tatsächlichen Voraussetzungen eines Rechtfertigungsgrundes (sog. Erlaubnistatbestandsirrtum)	400
1. Die sog. strenge Schuldtheorie: Verbotsirrtum	401
2. Vorsatzausschließende Theorien	402
3. Ausschluss der Vorsatzschuld	404
4. Würdigung des Theorienstreits	405
5. Hinweise zur Behandlung der Theorien bei der Fallprüfung	407
6. Identifizierung eines Irrtums als Erlaubnistatbestandsirrtum	408
III. Der sog. Doppelirrtum – zu den Grenzen von § 16 und § 17	409
D. Entschuldigungsgründe	411
I. Allgemeines	411
1. Sachverhalte der Entschuldigung des Täters <i>de lege lata</i>	411
2. Entschuldigungsgründe und Rechtfertigungsgründe	411
3. Entschuldigungsgründe und Schuldausschließungsgründe	411
4. Zum Hintergrund der Entschuldigungsgründe	412
II. Der entschuldigende Notstand: § 35	413
1. Rechtfertigender und entschuldigender Notstand	413
2. Induktive Heranführung an den entschuldigenden Notstand	414
3. Die für die Entschuldigung erforderliche Notstandssituation	416
4. Anforderungen an die entschuldigte Notstandshandlung	418
5. Fehlen von Ausschlussgründen nach § 35 I 2	420
6. Notwendigkeit vorheriger sorgfältiger Prüfung?	422
7. Der Nötigungsnotstand insbesondere	423
III. Der Notwehrexzess: § 33	428
1. Systematische Einordnung des § 33	428
2. Voraussetzungen des § 33	429
3. Bewusste Überschreitung des Erforderlichen	430
4. Funktionale Bedeutung des § 33	431

5. Der irrtümlich angenommene und der bereits beendete Angriff .. .	431
6. Der sog. Putativnotwehrexzess .. .	433
7. Ausschluss des § 33 bei provoziertter Notwehrlage? .. .	436
IV. Gibt es übergesetzliche Entschuldigungsgründe? .. .	437
1. Unzumutbarkeit des rechtlich geforderten Handelns .. .	437
2. Übergesetzlicher entschuldigender Notstand .. .	438
3. Art. 4 GG als Grundlage einer Entschuldigung? .. .	439
V. Die Behandlung des Irrtums im Bereich der Entschuldigungs- gründe .. .	440
1. Die irrite Annahme eines entschuldigenden Sachverhalts .. .	440
2. Die Annahme rechtlich nicht anerkannter Entschuldigungs- gründe .. .	441
E. Vertiefung an einem Examensfall .. .	442
 § 6 Täterschaft und Teilnahme .. .	443
A. Allgemeine Grundlagen .. .	443
I. Das Problem und seine grundsätzlichen Lösungsmöglichkeiten .. .	443
II. Die Unterscheidung zwischen Täterschaft und Teilnahme .. .	444
Einführungsfälle .. .	444
1. Unterscheidung nach formal-objektiven Kriterien? – Die ältere Lehre .. .	445
2. Subjektive Kriterien? – Die ältere Rechtsprechung .. .	446
3. Täterschaft als auch objektive Verantwortlichkeit – Annäherun- gen in der neueren Rechtsprechung .. .	449
4. Materiell-objektive Kriterien, insbesondere die Tatherrschaft .. .	450
5. Der Täter als Tatbeteiligter, dem die Tat als gewollte eigene Verwirklichung (als sein Werk) zugerechnet wird .. .	454
6. Zusammenfassung – Täterschaftsfragen in der Fallbearbeitung .. .	457
III. Grenzen der Relevanz des allgemeinen Täterkriteriums .. .	459
1. Sonderdelikte .. .	459
2. Eigenhändige Delikte .. .	461
3. Pflichtdelikte .. .	462
4. Fahrlässigkeitsdelikte .. .	463
B. Die Täterschaft .. .	463
I. Unmittelbare Täterschaft .. .	463
II. Mittelbare Täterschaft .. .	464
1. Wesen, Voraussetzungen und Rechtsfolge .. .	464
2. Typen der mittelbaren Täterschaft .. .	465
3. Qualifikationsloses und absichtslos-doloses Werkzeug .. .	471
4. Grenzen der mittelbaren Täterschaft: Das Verantwortungsprin- zip .. .	474
5. Fragen der Zurechnung bei der mittelbaren Täterschaft .. .	479
6. Der Versuch des mittelbaren Täters .. .	482
III. Mittäterschaft .. .	487
1. Wesen, Voraussetzungen und Rechtsfolge .. .	488
2. Der gemeinsame Tatentschluss .. .	490

3. Der erforderliche Tatbeitrag – Grundsätze – Fallbearbeitung	492
4. Grenzen der Mittäterschaft – Fahrlässige Mittäterschaft?	497
5. Nachträglicher gemeinsamer Entschluss – Sukzessive Mittäterschaft	499
6. Induktive Fortführung des »ausreichenden Tatbeitrags«	502
7. Induktive Vertiefung der Grenzen der Mittäterschaft	506
8. Grenzen der Zurechnung – Exzess – error in persona	508
9. Versuch des Mittäters	512
C. Die Teilnahme	518
I. Strafgrund und grundsätzliche Konstruktion der Teilnahme	518
1. Zum Strafgrund der Teilnahme	518
2. Die grundsätzliche Konstruktion der Teilnahme (de lege lata)	519
II. Der »Tatbestand« der Anstiftung	520
1. Zum Wesen der Anstiftung	521
2. Der objektive Tatbestand der Anstiftung	521
3. Der subjektive Tatbestand der Anstiftung (sog. Doppelvorsatz)	525
4. Die Anstiftung in der Fallbehandlung	526
5. Problemkonstellationen des Anstifterhandelns	528
6. »Hochstiften«, »Umstiften« und »Abstiften«	531
7. Exzess und Irrtum des Haupttäters	534
8. Der sog. »agent provocateur«	537
III. Der »Tatbestand« der Beihilfe	539
1. Wesen und Konstruktion der Beihilfe	540
2. Der objektive Tatbestand der Beihilfe	540
3. Der subjektive Tatbestand der Beihilfe	545
4. Die Bestrafung des Gehilfen	546
5. Vertiefung des objektiven und subjektiven Tatbestands der Beihilfe	546
6. Sonderprobleme	556
IV. Die akzessorische Behandlung des Teilnehmers und ihre Durchbrechungen	560
1. Das Problem und seine grundsätzliche Lösung	560
2. Die Lösung des Problems im Einzelnen: §§ 28 I und II, 29	561
3. Einzelfragen des § 28	564
D. Strafbare Vorformen gemeinsamer Tatbegehung und der Tatbeteiligung .	573
I. Allgemeine Grundlagen	573
II. Die versuchte Anstiftung (§ 30 I)	575
1. Erscheinungsformen der versuchten Anstiftung nach § 30 I	575
2. Voraussetzungen der nach § 30 I strafbaren versuchten Anstiftung	576
III. Die übrigen Vorformen der Beteiligung, § 30 II	581
1. Die Verbrechensverabredung	581
2. Die sonstigen Vorformen der Beteiligung nach § 30 II	583
IV. Der Rücktritt von der versuchten Beteiligung	584
§ 7 Versuch und Rücktritt	587
Einführungsfall – Reisebüro-Fall	587

A. Stufen der Straftat und Strafbarkeit des Versuchs	587
I. Stufen der Straftat	587
1. Der Entschluss	587
2. Die Vorbereitung	588
3. Der Versuch	588
4. Die Vollendung	589
5. Die Beendigung	589
II. Strafgrund und gesetzliche Regelung des Versuchs	589
1. Die rein objektive Theorie	590
2. Die subjektive Theorie	590
3. Die gemischt subjektiv/objektive Theorie	590
4. Die gesetzliche Regelung (§§ 22 f.; früher § 43 StGB aF)	591
III. Zur (Art der) Bestrafung des Versuchs	592
1. Strafbarkeit des Versuchs	592
2. Art der Bestrafung des Versuchs	592
B. Der Tatbestand des Versuchs	593
I. Das Fehlen der Vollendung	593
1. Zum Begriff der Vollendung	594
2. Zum Fehlen der Vollendung	594
3. Fälle vorverlagerter Vollendung	596
II. Der Tatentschluss	597
1. Zum Begriff	597
2. Zur notwendigen Festigkeit des Entschlusses	598
3. Zur Ermittlung des Entschlusses	600
III. Der objektive Tatbestand des Versuchs: Versuchsbeginn – Anfang der Ausführung – unmittelbares Ansetzen	600
1. Ausgangspunkt: Beurteilung nach einer gemischt »objektiv/subjektiven (individuellen)« Sicht	601
2. Wann liegt ein unmittelbares Ansetzen vor? – Fallkonstellationen und Theorien	601
IV. Leitlinien und Fallgruppen zur Bestimmung des Versuchsbeginns ..	605
1. Unbeendeter Versuch, insbesondere Handlungen vor der eigentlichen Tatbestandshandlung	605
2. Der sog. beendete Versuch: Abgeschlossenes Täterhandeln, aber erheblicher zeitlicher Abstand zum Erfolg	613
V. Spezialfragen	616
1. Der Versuch des mittelbaren Täters	616
2. Der Versuch des Mittäters	616
3. Der Versuch des Unterlassungstäters	616
4. Versuch bei qualifizierten Delikten und Delikten mit Regelbeispielen	620
5. Versuch bei zweiaktigen Delikten	621
C. Utauglicher Versuch und Wahndelikt	622
I. Der untaugliche Versuch	622
1. Das Wesen des untauglichen Versuchs	622
2. Die Behandlung des untauglichen Versuchs	622
II. Das Wahndelikt	623
1. Das Wesen eines Wahndelikts	623

2. Fallgruppen und Behandlung des Wahndelikts	623
3. Abgrenzung zum untauglichen Versuch	623
4. Irrtum über die Tauglichkeit des Subjekts insbesondere	624
D. Der Rücktritt vom Versuch	625
Ausgangsfall – Eifersuchs-Fall	625
I. Grundsätzliche Bemerkungen	626
1. Theorien zum Grund der Strafbefreiung bei Rücktritt	626
2. Zur systematischen Einordnung des strafbefreienden Rücktritts	628
II. Allgemeine Voraussetzungen des strafbefreienden Rücktritts	628
1. Fehlen der Vollendung	629
2. Kein fehlgeschlagener Versuch	631
3. Weitere Voraussetzungen im Überblick	633
III. Der Rücktritt des Einzeltäters vom unbeendeten Versuch	634
1. Begriff und Abgrenzung des unbeendeten Versuchs	634
2. Aufgeben der Tat	637
3. Die Freiwilligkeit der Aufgabe	639
4. Irrtümliche Annahme der Unbeendetheit bzw. Tauglichkeit des Versuchs	644
IV. Rücktritt vom beendeten Versuch	645
1. Begriff des beendeten Versuchs	645
2. Voraussetzungen des Rücktritts im Fall des beendeten Versuchs	646
V. Sonderfragen	647
1. Der Rücktritt nach § 24 I 2	647
2. Der Rücktritt im Fall des sog. qualifizierten Versuchs	648
3. Zusätzliche Anforderungen an die Rücktrittsleistung bei beendetem Versuch?	649
4. Der Rücktritt im Falle des mehraktigen Versuchs	653
5. Weiterführung und Folgeprobleme der neueren Rechtsprechung zum Rücktritt	659
VI. Rücktritt bei mehreren Beteiligten	663
1. Die grundsätzliche gesetzliche Lösung in § 24 II	665
2. Zum (begrenzten) Anwendungsbereich des § 24 II	666
3. Die für die Strafbefreiung in § 24 II geforderte Rücktrittsleistung	667
4. Wirkung des Rücktritts	669
E. Vertiefung an einem Examensfall	673
§ 8 Unterlassungsdelikte	675
A. Grundbegriffe, Typen und Deliktskategorien der Unterlassungsdelikte	675
Einführungsfall 1 – Weichenwärter-Fall	675
I. Allgemeines zu den Unterlassungsdelikten	675
1. Begriff und Voraussetzungen des Unterlassens	675
2. Zur Grundstruktur der Unterlassungsdelikte	676
3. Formen des Unterlassens und Typen von Unterlassungsdelikten	677
II. Echte und unechte Unterlassungsdelikte	677
1. Das echte Unterlassungsdelikt	677

2. Das unechte Unterlassungsdelikt	678
3. Unterlassungsdelikte Sonderverantwortlicher in Einzeltatbeständen	680
III. Der Tatbestand der Unterlassungsdelikte	684
Einführungsfall 2 – Unfallopfer-Fall	684
1. Der Tatbestand des echten Unterlassungsdelikts	685
2. Der Tatbestand des vorsätzlichen unechten Unterlassungsdelikts	687
3. Der Tatbestand des fahrlässigen unechten Unterlassungsdelikts ..	693
IV. Die Gleichstellungsproblematik	695
1. Garantenstellung als Erfordernis der Gleichwertigkeit	695
2. Entsprechungsklausel – Modalitätenäquivalenz	696
V. Die Rechtswidrigkeit	698
1. Ausgangspunkt	698
2. Besonderheiten beim Unterlassungsdelikt	698
VI. Die Schuld	699
1. Schulderfordernisse beim Vorsatzdelikt	699
2. Schulderfordernisse beim Fahrlässigkeitsdelikt	702
VII. Fälle, deren Qualifikation als Unterlassen zweifelhaft ist (sog. Abgrenzungsproblematik)	702
1. Die problematischen Fallkonstellationen	702
2. Die Relevanz der Fragestellung	702
3. Kriterien der Abgrenzung	703
B. Grund- und Einzelfragen der Garantenstellung	705
I. Garantenstellungen zur Überwachung von Gefahrenquellen	705
1. Verantwortlichkeit für Sachgefahren im eigenen Herrschafts- oder Zuständigkeitsbereich	706
2. Verantwortlichkeit für rechtswidriges Handeln Dritter	710
3. Verantwortlichkeit für selbst ausgelöste gefährliche Kausalprozesse (vorangegangenes Tun; sog. Ingerenz)	713
4. Weitere Problemfälle zum Sicherungsgaranten	720
II. Garantenstellungen zum Schutz von Rechtsgütern	727
1. Beschützergarant aufgrund gewisser familiärer Obhutspflichten	728
2. Verbindliche Übernahme einer Schutzfunktion	730
3. Beschützergarantenstellung aus enger Gemeinschaftsbeziehung	732
C. Rechtswidrigkeit, Versuch und Rücktritt sowie Täterschaft und Teilnahme	737
I. Zur Rechtswidrigkeit: Die rechtfertigende Pflichtenkollision	737
1. Wesen: Konkurrenz von Handlungspflichten	740
2. Lösung der Konkurrenz echter Handlungspflichten	740
II. Versuch des Unterlassungsdelikts und Rücktritt	743
1. Voraussetzungen des Versuchs eines Unterlassungsdelikts	744
2. Der Rücktritt vom Unterlassungsversuch	747
III. Täterschaft und Teilnahme beim Unterlassungsdelikt	750
1. Grundsätzlicher Meinungsstand	753
2. Allgemein anerkannte Fälle der Teilnahme	753
3. Der umstrittene Bereich	754
4. Mittelbare Täterschaft und Mittäterschaft bei Unterlassen	757

D. Die Qualifikation eines Verhaltens als Tun oder Unterlassen	758
I. Der Lösungsansatz der hM: Die Schwerpunktformel	760
II. Sonstige Abgrenzungsformeln	762
1. Energieeinsatz und Nichtvornahme einer Einwirkung	762
2. Positives Tun bei Erfüllung der Strafbarkeitsvoraussetzungen des positiven Tuns	762
3. Maßgeblichkeit des Inhalts der vom Täter verletzten Norm	763
E. Vertiefung an einem Examensfall	766
§ 9 Konkurrenzen	767
Einführungsfall (Fall 1) – Trinker-Fall	767
A. Die Lehre von den Konkurrenzen, ihre Funktion und ihre Grundbegriffe	769
B. Handlungseinheit – Idealkonkurrenz (§ 52)	770
I. Der Ausgangspunkt: eine natürliche Handlung	771
II. Die natürliche Handlungseinheit	773
III. Die rechtliche Handlungseinheit	778
1. Mehraktige Delikte	778
2. Dauerdelikte	779
3. Verklammerung von Delikten	779
4. Fortgesetzte Taten – Tatbeständliche Bewertungseinheiten	782
IV. Rechtsfolgen der Handlungseinheit: idealkonkurrierende Gesetzesverletzungen und deren Behandlung	784
1. Erscheinungsformen der Idealkonkurrenz	784
2. Rechtliche Behandlung der Idealkonkurrenz.	785
C. Handlungsmehrheit – Realkonkurrenz (§ 53 StGB)	786
I. Handlungsmehrheit	786
II. Realkonkurrenz der Straftaten – Behandlung, insbesondere Bestrafung	786
D. Gesetzeseinheit (Gesetzeskonkurrenz)	787
I. Wesen und Unterschied zur Ideal- und Realkonkurrenz	787
II. Formen der Gesetzeskonkurrenz (oder scheinbaren Konkurrenz)	788
1. Spezialität	788
2. Konsumtion	789
3. Subsidiarität	790
4. Mitbestrafe Vortat und mitbestrafte Nachtat	791
E. Zur praktischen Rechtsanwendung bei Konkurrenzfragen	793
I. Das Leitprinzip und die maßgebende Testfrage	794
II. Verdeutlichung	795
F. Lösung von Fall 1	796
G. Weitere Fälle zur Vertiefung	799
I. Tateinheit und Tatmehrheit – Subsidiarität – Klammerwirkung	799
II. Tateinheit – Tatmehrheit – Reichweite der Subsidiarität	803
III. Tateinheit und Konsumtion	807

IV. Mitbestrafte Vortat/mitbestrafte Nachtat – Konsumtion	810
§ 10 In dubio pro reo – Wahlfeststellung – Postpendenzfeststellung	815
A. Das grundsätzliche Problem und seine Lösungen	815
I. Das grundsätzliche Problem	815
II. Drei Prinzipien bzw. Institute der Problemlösung	815
III. Zweifelsfälle, für die die Prinzipien und Institute nicht gelten	816
B. In dubio pro reo	817
I. Zum Geltungsgrund des In-dubio-pro-reo-Satzes	817
II. Zur Reichweite des In-dubio-pro-reo-Satzes	818
III. Die Folgen des Grundsatzes	819
IV. Geltung im Prozessrecht?	819
C. Wahlfeststellung	820
Eingangsfälle	820
I. Die Problemkonstellation der Wahlfeststellung	821
II. Denkbare Lösungsansätze – Die Wahlfeststellung und ihre Kritik	822
III. Die Voraussetzungen der Zulässigkeit der Wahlfeststellung	824
IV. Lösung der Eingangsfälle	826
V. Echte und unechte Wahlfeststellungen	831
VI. Wahlfeststellung und Anklageerfordernis	832
D. Postpendenz- und Präpendenzfeststellung	834
Eingangsfälle	834
I. Gemeinsamkeiten dieser Fallkonstellationen – Parallelen und Unterschiede zu den Fällen der Wahlfeststellung	834
II. Der neue Lösungsansatz: Die Postpendenzfeststellung	836
III. Die Präpendenzfeststellung	839
IV. Prozessuale Probleme	840
E. Abschließender Fall zur Vertiefung	840
Verzeichnis der Tatbestände des Besonderen Teils	841
Verzeichnis der behandelten Fälle	849
Sachverzeichnis	855